

## Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

### Mindestlohn – Stärkung der Tarifautonomie

Die Union hat großes Vertrauen in die Tarifvertragsparteien und die Tarifautonomie ist für uns ein hohes Gut. In keinem Land der Welt ist so eine partnerschaftliche Sozialkultur entstanden wie bei uns. Das ist das Ergebnis der hohen Verantwortungsbereitschaft der Tarifpartner. Auch künftig soll die Sorge für angemessene Löhne bei ihnen liegen. Funktionierende Tarifautonomie braucht starke Arbeitgeberverbände und starke Gewerkschaften, die für ihre Mitglieder verbindliche Abmachungen treffen können.

Und für den Notfall muss es auch eine Allgemeinverbindlicherklärung der Tarifverträge geben, um auf soziale Verwerfungen durch ausländische Arbeitnehmer, die nach den Bedingungen ihrer Heimatländer entlohnt werden, angemessen reagieren zu können. Künftig können grundsätzlich in allen Branchen unterste Tariflöhne durch die Aufnahme in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz sowohl für deutsche wie für ausländische Arbeitnehmer festgeschrieben werden, um Lohndumping wirksam zu verhindern.

Für die Mehrheit der in Deutschland beschäftigten Arbeitnehmer gelten Tarifverträge. Aber wir sehen auch, dass die Tarifbindung stark abgenommen hat. Um soziale Verwerfungen in den Branchen zu verhindern, in denen keine Tarifverträge gelten oder Tarifverträge nur geringe Wirkungskraft entfalten, erhalten die Tarifvertragsparteien künftig neben den Möglichkeiten, die das Arbeitnehmer-Entsendegesetz bietet, auch die Möglichkeit, in einer Mindestlohnkommission über die Anpassung des allgemeinen Mindestlohns zu beschließen, der zum 1. Januar 2015 in Höhe von 8,50 Euro je Stunde eingeführt wird. Damit setzen wir eine weitere Zusage aus dem Koalitionsvertrag um.

Wir werden alles daran setzen, dass der Mindestlohn keine Beschäftigung gefährdet. Um unerwünschte Wirkungen des Mindestlohns auf die Beschäftigungslage verhindern zu können, haben wir unsere Vorstellungen bereits eingebracht, etwa durch die Ausnahmeregelung für Langzeitarbeitslose. Es sind aber noch eine Reihe von Veränderungen durchzusetzen. Darüber verhandeln wir jetzt mit der SPD.

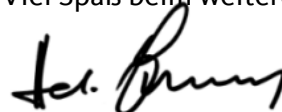
Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!



Wir haben die Europawahl klar als stärkste Kraft gewonnen. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament hat die Union nicht nur in Deutschland die Nase weit vorne. Auch europaweit liegen wir mit unserer Parteienfamilie, der Europäischen Volkspartei, an der Spitze. Damit ist klar, dass unser Spitzenkandidat Jean-Claude Juncker neuer Präsident der Europäischen Kommission werden soll. In dem komplizierten Verfahren zwischen Europäischem Rat und Europäischem Parlament sind jetzt hohe Diplomatie und nicht lauter Krawall notwendig. Wir wissen um die schwere Aufgabe unserer Bundeskanzlerin, Jean-Claude Juncker als Kommissionspräsidenten und einen deutschen EU-Kommissar aus der CDU durchzusetzen.

Das Wahlergebnis bei der Europawahl in Deutschland zeigt auch, dass die übergroße Mehrheit der Deutschen die Erfolge der europäischen Einigung ganz bewusst nicht aufs Spiel setzen will. Dies liegt auch daran, dass es den Menschen in Deutschland so gut geht wie noch nie. Deutschland hat daher auch nicht extrem links oder extrem rechts, sondern Stabilität gewählt.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht



Ihr Helmut Brandt MdB

### Bürgersprechstunde am 18. Juni in Stolberg

Meine nächste Bürgersprechstunde findet am Mittwoch, 18. Juni 2014, von 18:00 bis 19:00 Uhr im Rathaus der Stadt Stolberg (CDU-Fraktionszimmer) statt. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, sich mit ihren Fragen und Anregungen an mich zu wenden. Besucher der Sprechstunde sollten sich möglichst vorab unter 02404/557830 anmelden.

**Mitglied des Deutschen Bundestages  
für die StädteRegion Aachen**

## Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zur Lage in Brüssel und zum G7-Gipfel

Unsere Bundeskanzlerin erläuterte in ihrer Regierungserklärung am Mittwoch dieser Woche die Ergebnisse der Abstimmung mit unseren Partnern in der EU. Vor dem Hintergrund der Probleme in der Ukraine wird deutlich: Europa ist eine Werte- und Schicksalsgemeinschaft. Deutschland profitiert von dem gemeinsamen Auftreten der Europäer – auch als bevölkerungsreichster Staat Europas ist unser Land angesichts der Globalisierung allein nicht stark genug. Der Europäische Rat hat sich mit den Herausforderungen befasst, die diese Globalisierung für Europa bedeutet und betont, dass der Ausbau der Wirtschafts- und Währungsunion eine Grundlage für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeit für die Menschen in Europa ist. Auch in der Energiepolitik muss unser Kontinent gemeinsam handeln.

Und mit Blick auf den 70. Jahrestag der Landung der alliierten Truppen in der Normandie wird auch noch einmal deutlich, was wir in den zurückliegenden Jahrzehnten dank eines friedlichen und wirtschaftlich erfolgreichen geeinten Europas erreicht haben: Mit neun Nachbarstaaten, in der Mitte des Kontinents gelegen, ist es das ureigenste Interesse Deutschlands, in guter Nachbarschaft zu einer friedlichen Lösung von Problemen zu kommen.

## Bundeskabinett beschließt Pflegestärkungsgesetz

Die Bundesregierung hat mit ihrem Kabinettsbeschluss vom 28. Mai das erste von zwei geplanten Gesetzen auf den Weg gebracht, um die Pflegeversicherung als wichtige sozialpolitische Errungenschaft zwanzig Jahre nach ihrem Aufbau umfassend zu stärken. Der Entwurf für das Pflegestärkungsgesetz 1, der nun im Bundestag durch den parlamentarischen Beratungsprozess geht, beinhaltet etwa Leistungsverbesserungen im Umfang von 2,4 Milliarden Euro ab dem 1. Januar 2015 für die 2,5 Millionen Pflegebedürftigen in Deutschland, eine Steigerung der meisten Leistungsbeiträge der Pflegeversicherung um pauschal 4 Prozent, einen neuen Pflegevorsorgungsfonds zur Stabilisierung des Beitragssatzes in der Zukunft sowie weitere Maßnahmen zur Stärkung der Pflege zu Hause und zur Verbesserung des Pflegealltags in den Heimen.



Das sich derzeit noch in Planung befindliche Pflegestärkungsgesetz 2 soll durch die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs mit fünf Pflegegraden – statt wie bisher drei Stufen – individuellere Einstufungen und somit passgenauere Leistungen in der Pflege ermöglichen.

## Kanzlerin Merkel auch 2014 „Einflussreichste Frau der Welt“

Die deutsche Bundeskanzlerin ist aus Sicht der US-Magazine „Time“ und „Forbes“ die mächtigste und einflussreichste Frau der Welt. „Forbes“ erkannte ihr den Titel seit 2006 - mit Ausnahme des Jahres 2010 – jährlich zu. Als erster Frau überhaupt verlieh ihr das Magazin 2012 nach US-Präsident Barack Obama den zweiten Rang unter den einflussreichsten Personen der Welt. Das Magazin „Time“ führte sie seit 2004 bis 2012 bereits fünfmal unter den 100 einflussreichsten Persönlichkeiten der Welt und nominierte sie nun erneut für 2014. Die Bundeskanzlerin ist damit für das US-Magazin die einflussreichste Ausländerin. Gelobt wird sie für ihre Leistung für den Zusammenhalt und das Erstarben der Wirtschaft in der Europäischen Union, ihre Leistungsbereitschaft und hohe Arbeitsmoral – aber auch ihre Orientierung an Konsens und Kompromiss, die die Interessen aller Partner berücksichtige.

### Impressum:

Ausgabe Nr.: 11/14

6. Juni 2014

### Helmut Brandt MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030 / 227-71472

Fax: 030 / 227-76471

E-Mail: [helmut.brandt@bundestag.de](mailto:helmut.brandt@bundestag.de)

### Wahlkreis:

Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf

Tel.: 02404/557830

Fax: 02404/673445

E-Mail: [helmut.brandt@wk.bundestag.de](mailto:helmut.brandt@wk.bundestag.de)

Internet: [helmut-brandt.de](http://helmut-brandt.de)

[facebook.com/mdb.helmut.brandt](https://www.facebook.com/mdb.helmut.brandt)